

Zum Gesetz über den Militärflichtersatz

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **22=42 (1876)**

Heft 26

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-95074>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

hinten von der aufgeschraubten Verschlusshülse gedeckt, kann die Büchse nach keiner Richtung weichen.

Nach dem Ausbüchsen wird das Caliber nachgehohrt, behufs centrischer Uebereinstimmung mit dem Laufcaliber, und das Patronenlager gefräst. Zahlreiche Versuche haben constatirt, daß eine Verlängerung der Züge in die Büchse ohne Nachtheil unterbleiben kann, sobald der glatte Theil zwischen Geschosß und Beginn der Züge eine Caliberweite von 11,1 mm. à 11,2 mm. hat, wonach hiefür normal 11,15 mm. bestimmt wurde.

2) Der Verschuß, Modell 1866, wird durch einen neuen completeen Verschußcylinder, Modell 1874, ersetzt.

Die Verwendung der Metallpatrone an und für sich wäre mit geringerer Aenderung erreichbar gewesen, indessen wurde die Constructionseinheit vorgezogen.

3) Mit der Patrone, Modell 1874, fallen dem Laufe, Modell 1866, dieselben Eigenschaften zu wie demjenigen von 1874, daher auch das Visir dem Modell 1874 entsprechend abgeändert ist.

Die Grabbogen des Visirfußes sind entfernt und es dienen die Seitenbacken bloß noch zum Schutze des Rahmens; an den Rahmen ist ein Verlängerungsschieber gepaßt, da indessen der Rahmen, Modell 1866, etwas kürzer ist, so dient der Visireinschnitt oben im Rahmen bloß auf 1200 (statt 1300) Meter und derjenige oben im Schieber bloß auf 1700 (statt 1800) Meter Distanz, Maximum der — abgeänderten — Graduation.

4) Die übrigen Modificationen sind:

- a. Nachbohren der Cylinderführung in der Verschlusshülse und Nacharbeiten der verschiedenen Flächen; Erstellen der Vertiefung für den Auszieher.
- b. Zurücksetzen der Abzugfeder um 9 mm., übereinstimmend mit dem Modell 1874.
- c. Stellung des Abzugs nach Modell 1874 reguliren.
- d. Anbringen eines Fußstockhalters am vordern Ende des Abzugbügelblattes.
- e. Anbringen eines Schlitzes im Kopf-Ende des Fußstocks, behufs Einlegen des Schraubenziehers als Griff, und Versenken des Kopf-Endes zum Aufsetzen des Schlagstifts, anlässlich zerlegen und zusammensetzen.

Es bleibt hiernach noch der Correctur der natürlichen Seitenablenkung des Geschosses zu erwähnen, welche auf praktischem Wege ermittelt wurde, und folgende Verschiebung des Visireinschnittes und Kornes aus der Seelenachse zur Folge hatte.

Verschiebung:	Gewehrmodell 1874.	Gewehrmodell 1866/74.
a) des Kornes	mm. 0 —	mm. 0,8 R
b) Visireinschnitt in Char- nierwelle	" 1,7 L,	" 0,9 L
c) Visireinschnitt im Auf- satzstollen	" 1,3 L,	" 0,8 L
d) Visireinschnitt, unterer, im Rahmen	" 1,3 L,	" 0,8 L
e) Visireinschnitt, unterer, im Schieber	" 0,8 L,	" 0, —

Da das Gewehrmodell 1866 unbestreitbare gute Eigenschaften besitzt, rechtfertigt es die Mehrkosten einer ausgedehnteren Umänderung, nach welcher es qualitativ auf gleiche Höhe mit dem neuen Modell 1874 gestellt wird.

Einerseits erfüllen die neuen und transformirten Handfeuerwaffen der französischen Republik die Bedingungen, welche den besten Constructionen der Gegenwart eigen sind; andererseits fand der bedeutende Werth der Constructionseinheit der Handfeuerwaffen einer Nation praktische Würdigung.

Zum Gesetz über den Militärpflichtersatz.

Eine Einsendung in Nr. 25 der „Allgemeinen Schweizerischen Militär-Zeitung“ bespricht das Gesetz über den Militärpflichtersatz in einer Art und Weise, die nothwendig einer Erwiderung bedarf.

Der Einsender des bezüglichen Artikels versichert uns zwar seiner Anhänglichkeit an die Armee und seiner warmen Ergebenheit für das Wohl des Vaterlandes; die Redaktion garantiert für den patriotischen Sinn, die militärischen Kenntnisse und die Erfahrung des Herrn Verfassers und nennt dieselben über jeden Zweifel erhaben. Solcher doppelten Versicherung gegenüber wollen wir die gute Absicht des Einsenders nicht in Zweifel ziehen; wohl aber müssen wir die Einsicht und die Erfahrung desselben beanstanden.

Der Einsender präzisirt seine Stellung zum Gesetz folgendermaßen: „Wenn mehrfach behauptet worden ist, es sei dieses Gesetz nicht nur ein nöthiges und gerechtes, sondern es seien auch die wirklich Dienstthuenden vorzugsweise berufen, ihr Votum zu Gunsten desselben abzugeben, so sei er eben so sehr von der Unrichtigkeit der einen wie der andern Behauptung durchdrungen.“ Er fordert in Folge dessen speziell die Dienstthuenden zur Verwerfung des Gesetzes auf und hofft, der gesunde Sinn des Volkes werde am 9. Juli mit „Nein“ antworten.

Wir wollen gar nicht auf den zweiten Satz eingreten, der die Freiheit der Stimmabgabe der Dienstpflichtigen aufrechtzhalten zu müssen vermeint. Das weiß bei uns jeder Stimmfähige — er braucht es nicht erst in der Militär-Zeitung zu lesen — daß seine Stimmabgabe frei ist, sei er wehrpflichtig oder nicht, sei er im Militärdienst oder nicht. Dagegen auf den ersten Satz müssen wir aufmerksam machen, daß nämlich der Einsender durchdrungen ist von der Unrichtigkeit der Behauptung: Das Gesetz sei nicht nur ein nöthiges, sondern auch ein gerechtes. Also in seinen Augen ist dieses Gesetz geradezu ein unnöthiges und ungerechtes!

Wer von dieser Ansicht durchdrungen ist, gehe am 9. Juli zur Urne und verwerfe es. Aber er komme nachher nicht mehr zu uns mit der Versicherung, er sei ein patriotischer und einsichtiger Mann!

Der Argumentation des Einsenders gegenüber zitiiren wir einfach den Art. 18 der Bundesverfassung, welcher in seinem ersten Alinea lautet:

„Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.“ Und in seinem letzten Lemma:

„Der Bund wird über den Militärpflichtersatz einheitliche Bestimmungen aufstellen.“

Der Art. 42 der Bundesverfassung zählt unter den ordentlichen Einnahmen des Bundes auf:

e) die Hälfte des Bruttoertrags der von den Kantonen bezogenen Militärpflichtersatzsteuern.

Wenn also der Einsender ein solches Gesetz un-
nötig und ungerecht erklärt, so befindet er sich in
offenbarem Widerspruch mit dem deutlichen Wort-
laut der Verfassung.

Das die prinzipielle Stellung des Ein-
senders. Aus derselben erklärt sich wohl die große
Antipathie gegen das Gesetz, die ihn trotz aller
Vaterlandsliebe und Neigung zum Wehrwesen er-
griffen zu haben scheint! Dieser Widerwille macht
sich dann noch Luft in mehreren Exkursionen, die
nicht zur Sache gehören, z. B. betreffend die allge-
meine Wehrpflicht, die Stellvertretung; die Frage,
ob die Rekrutierung besser am Heimath- als am
Wohnort stattgefunden hätte. Wir wollen dem
Herrn Einsender auf diese Exkursionen, die nach
einmaliger Feststellung des Gesetzes nichts mehr
fruchten und wie lauter Nergeleien aussehen, nicht
folgen, sondern die zwei einzigen Einwendungen
besprechen, die ihn insbesondere zur Verwerfung
des Gesetzes bestimmen. Die erste ist das Beziehen
der Schweizer im Ausland zur Besteuerung, die
zweite die Inanspruchnahme des s. g. anwartschaft-
lichen Vermögens.

Was die Beziehung der Schweizer im Ausland
betrifft, so stößt man sich leicht an dieser Bestim-
mung, da man bisher den Patriotismus der Schwei-
zer im Ausland bei größern Nothständen im Lande,
bei Spenden von Ehrengaben an die Freischützen
zu messen und zu schätzen gewohnt war und sie
damit aller weitern Verpflichtung überhoben glaubte.
Aber nichts ist im Grunde gerechter, als deren ge-
setzliche Gleichstellung mit den übrigen Schweizern
bezüglich der Militärpflicht.

Oder ist nicht der Schweizer im Ausland von
höchst beschwerlichem fremdem Militärdienst befreit
durch die einzige Thatsache, daß er Schweizerbürger
bleibt? Hat nicht der Bund jährlich Hunderttausende
auf dem Ausgabenbudget — warum? Um den
Schweizer im Ausland in seinen Rechten zu schützen,
seinen Vortheil zu mehren und seinen Schaden zu
wenden? Gilt ihm das Schweizerbürgerrecht so wenig,
daß er, einerseits von persönlicher Dienstleistung
in der Heimath befreit, auch den Ersatz nicht leisten
will, den der Daheimgebliebene willig zahlt? Hat
er denn ein Privilegium, sich der Pflichten gegen
den Staat zu entledigen und die Rechte zu genießen
ohne die Pflichten zu theilen? Wir wiederholen:
Nur Unverstand oder Egoismus kann diese Gleich-
stellung ungerechtfertigt finden.

Und nun die Beziehung des anwartschaftlichen
Vermögens. Wie? Ein einfältiger Knecht, der
dienstfrei wird, soll gleichviel zahlen wie der reiche
Bauernsohn, der vielleicht wegen einem kleinen
Gebrechen, das ihn im bürgerlichen Erwerb gar

nicht genirt, entlassen ist, und der bis zu Ende
seines Dienstpflichtalters unter „Vaters Mues und
Brod“ steht? Oder ein Hausknecht oder Portier,
der vom Taglohn lebt, soll gleichgestellt sein dem
Sohn eines Millionärs, der ja auch wieder nur
„anwartschaftliches Vermögen“ besitzt, weil der
„Alte“ alles in den Fingern hat. Mit nichten!
Der Grundsatz der Beziehung des anwartschaft-
lichen Vermögens zur Besteuerung ist gerecht, so
zwar, daß er allerorts, wo er bereits angewendet
ist, keineswegs als drückend angesehen wird, ja
selbst die davon Betroffenen haben nichts dagegen
einzuwenden. Wahrscheinlich weiß der Herr Ein-
sender nicht, daß der Grundsatz der Besteuerung
des anwartschaftlichen Vermögens bereits in der
Mehrzahl der kantonalen Militärsteuergesetze Platz
gefunden hat, und zwar in einem vielfach schärfern
Grade, als im eidgenössischen. So erheben Zürich,
Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen,
St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Wallis
seit Jahren eine solche Steuer, ohne Rücksicht auf
das Zusammenleben oder Alter, während das eidg.
Gesetz in dieser Hinsicht besondere mildernde Be-
stimmungen aufweist. Wo ist nun die „Ungeheuer-
lichkeit?“

Das sind formell die Haupteinwendungen, welche
der Herr Einsender gegen das Gesetz macht. Im
Grund aber ist ihm, wie schon anfangs angedeutet,
das ganze Gesetz zuwider; er findet die Taxation
überhaupt zu hoch. Er möchte ein Gesetz, das den
Unbemittelten nicht stark belastete und den Reichen
ganz frei ließe. Er findet es unrecht, daß ein
Einkommen oder Erwerb von 600—800 Fr. eine
jährliche Steuer von 8—14 Fr. bezahle, und fragt,
wo soll ein Mann mit diesem Einkommen 8 oder
14 Fr. hernehmen? Wir aber fragen den acht-
baren Einsender und Freund des Wehrwesens:
Wie kann man es wagen, einen jungen Familien-
vater, der seine Frau und sein Kind mit täglicher
Handarbeit ernährt, für 3—4 Wochen, ja Monate
von Hause wegzunehmen und zur Grenzbewachung
oder einem andern Dienst des Vaterlandes einzu-
berufen? Das muß aber geschehen, wenn wir ein
Volk in Waffen sein wollen. Muß aber das ge-
schehen, so kann auch derjenige, der beim ernstlichen
Generalmarsch ruhig zu Hause bleiben und seinem
Verdienste nachgehen kann, auch wohl seinen Bei-
trag an Geld geben. Entweder, oder! Entweder
haben wir eine Armee, und dann werden alle sonder
Ausnahme dazu beitragen; oder die Sentimentali-
tät, der Egoismus, die Devise: Hahnemann, geh'
du voran! sind Meister — alsdann lassen wir
lieber das „Militärken“ ganz bleiben und beseitigen
wir nebst dem Pflichtersatzgesetz auch alle sonstige
Rühmerei von Vaterlandsliebe und Sorge für die
Wehrkraft des Landes. Dann sind wir aber ein
verkommenes Geschlecht, befähigt, in Murten den
Burgunderherzog Karl mit Worten zu schlagen
und das Burgunderblut aus den Gläsern zu trin-
ken, oder bei Sempach, dessen Gedentag auch wie-
der mit großem Pomp gefeiert werden soll, mit
der Zunge durch die ehernen Reifigen des Herzog

von Oesterreich eine Gasse zu machen. Ja, dazu haben wir Geld, da sind wir Helben; allein wenn es gilt, selbst Opfer zu bringen — das ist dann ganz was anders — das sind dann Forderungen, die, nach den Worten des Herrn Einsenders „aller Gerechtigkeit Hoh sprechen!“

Es ist ein Grundsatz in das Gesetz niedergelegt, der uns nicht gefällt, obschon wir uns durch denselben nicht getroffen finden; es ist dies der Grundsatz der „Progression“ resp. der Progressivsteuer. Aber deswegen das Gesetz zu verwerfen, das fällt uns nicht ein. Wann wird ein solches Gesetz aus Menschenhänden hervorgehen, das nicht wieder von Menschen getadelt würde? Würde an diesem Gesetze eine Korrektur vorgenommen in dem Sinne, daß jeder, der etwas zu tadeln hat, den mißbeliebigen Paragraphen streichen könnte, so würde in kurzer Zeit gar nichts mehr vorhanden sein als etwa der Titel desselben und die Herren Referendisten hätten mit all ihrem Patriotismus und all ihrer exakten Liebe zum Wehrwesen doch nichts anderes zu Stande gebracht, als einen Sieg derjenigen Richtung, welche unter dem Vorwande, den gefährlichen „Militarismus“ zu bekämpfen, die Hauptsache, den militärischen Unterricht zu verunmöglichen die unverholene Absicht hat. Denn wie cajolirt man von dieser Seite den Wehrmann? „Gute Bewaffnung, gute Ausrüstung müssen wir haben, dann ist der Mann schon ein fertiger Soldat und wenn's im Feld schlecht gehen sollte, so ist Niemand anders als der Offizier schuld.“ Wir aber halten dafür, daß alle für Ausrüstung und Bewaffnung ausgegebenen Summen weg-geworfenes Geld sind, wenn nicht wenigstens die allernothwendigste militärische Ausbildung damit verbunden ist. Und was ist es nun, das unter dem gegenwärtigen Finanz-Jammer am meisten leidet, das heißt, was in allererster Linie unter das durch das Gesetz geforderte Minimum herabgedrückt wird? Nicht die Bewaffnung, nicht die Ausrüstung, nicht die Verpflegung — wohl aber die Ausbildung, der Unterricht wird in erster Linie Haar lassen müssen.

Das zu wollen, wird der Herr Einsender sich höchlich verwahren. Allein daß er das gleichwohl thatsächlich bewirkt, wenn das Schweizer-volk am 9. Juli seine „gesunden Sinne“ im Sinne der Aufforderung des Herrn Einsenders walten läßt — das liegt für Jedermann klar auf der Hand!

Zum Schluß konstatirt der Herr Einsender das „Bestehen einer Unzufriedenheit im Allgemeinen“ und insbesondere mit dem Thun und Lassen der Militärbehörden. Ob dasselbe begründet oder nicht begründet, will der Herr Einsender dormalen nicht untersuchen. Das ist wieder einmal sehr bequem! Das gerade wäre sehr verdienstvoll gewesen zu untersuchen, ob und inwiefern diese Unzufriedenheit begründet sei oder nicht; zu widerlegen, wenn sie nicht begründet; weise Vorschläge zur Abhülfe zu machen, wenn sie — woran nicht zu zweifeln ist — vom Einsender als begründet erfunden worden wäre — das wäre ein Dienst gewesen, dem Vater-

lande erwiesen! So aber bringt der Herr Einsender die „Allg. Schweiz. Militär-Zeitung“, welche die Förderung der Interessen des Wehrwesens und der Landesvertheidigung sich zur Aufgabe gesetzt, in die fatale Lage, bei den Gegnern der Entwicklung der Wehrkraft in Reich und Glied zu stehen.

Wir wünschen der „Militär-Zeitung“, daß sie bald aus dieser schlimmen Lage herauskomme.

St.

Gidgenossenschaft.

Programm für das Centralfest des Schweiz. Unteroffiziers-Vereins, den 26., 27. und 28. August 1876 in Basel.

Samstag den 26. August. 1—2 Uhr: Ankunft der Vereine auf dem Centralbahnhof. Sofort zugewiesener Marsch in die Bierhalle von Thoma zu fleiner Eistischung. Nach Versammlung aller Vereine, Begrüßung der Gäste und offizielle Eröffnung des Festes.

2 Uhr: Zug durch die Stadt in die Kaserne. Nach Ankunft: Quartiervertheilen und Quartierbezug.

3½ Uhr: Sammlung im Kasernenhof und Zug zum Versammlungsort der übrigen am St. Jakobs-Festzug theilnehmenden baslerischen Vereine.

4 Uhr: Zug mit diesen Vereinen auf's Schlachtfeld von St. Jakob.

7 Uhr: Rückkehr in die Stadt und Marsch in die Burgvogel-halle. Dasselbst kaltes Nachtessen, nachher geselliges Zusammen-sitzen mit befreundeten Vereinen. Musik, Gesang, lebende Bilder u. s. w.

Sonntag den 27. August. 5½ Uhr: Tagwacht durch 22 Kanonenschüsse, Musik und Tambouren.

6½ Uhr: Sammlung im Kasernenhof. Marsch auf die Schützenmatte.

7 Uhr: Beginn der Uebungen.

9 Uhr: Beginn der Delegirten-Versammlung im Schützenhaus.

11½ Uhr: Feuerinstellen.

12 Uhr: Mittagsspaß beim Schützenhaus.

1. Uhr: Wiederbeginn der Uebungen.

7 Uhr: Zug durch die Stadt nach der Turnhalle. Dasselbst geselliges Zusammen-sitzen mit Musik.

Montag den 28. August. 5½ Uhr: Tagwacht wie Sonntags.

6½ Uhr: Sammlung im Kasernenhof. Marsch nach dem Museum.

7 Uhr: Beginn der Generalversammlung in der Aula.

12 Uhr: Zug nach der Turnhalle und Beginn des Banketts.

4 Uhr: Fahnenübergabe und offizieller Schluß des Festes. Nachher Zug zum Bahnhof und Verabschiedung der Gäste.

Statuten-Entwurf für die Schweiz. Pferdeversicherungs-Gesellschaft.

§ 1. Zweck der Gesellschaft. Die Schweiz. Pferdeversicherungs-Gesellschaft ist eine freiwillige Privatvereinigung, die zum Zwecke hat, jedem Mitgliede in Unglücksfällen, gegen Erfüllung der statutenmäßigen Bedingungen, eine sichere Unterstützung zu leisten; sie steht nach folgenden nähern Bestimmungen allen Offizieren und Cavalleristen der eidgen. Armee für ihre Dienst-pferde offen.

§ 2. Organisation und Geschäftsführung. Das Central-Comité der Versicherungs-Gesellschaft, bestehend aus je 2 Mit-gliedern der 3 Versicherungsbezirke, besorgt die laufenden Ge-schäfte. Die 2 Vertreter des westschweiz. Bezirks speziell die Geschäfte der Kantone Waadt, Genf, Freiburg, Neuenburg und Valais. Die 2 des Bezirks der Central-Schweiz diejenigen der Kantone Bern, Luzern, Unter- und Obwalden, Uri, Schwyz und Solothurn, die übrigen Kantone werden durch die 2 Vertreter des ostschweiz. Bezirks besorgt.

§ 3. Zur Einkassirung der Jahresbeiträge wählen die Haupt-